

Die „Bolivarische Revolution“ nach Hugo Chávez

Ana Soliz Landivar und Sören Scholvin

Bei den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 14. April 2013 gilt der Kandidat des chavistischen Lagers, Nicolás Maduro, als Favorit. Nach jüngsten Prognosen wird er mit 49 Prozent deutlich vor Oppositionschef Henrique Capriles liegen, der mit erwarteten 35 Prozent sein gutes Ergebnis von 2012 voraussichtlich nicht wiederholen wird.

Analyse

Obwohl der „Bolivarischen Revolution“ durch den Tod von Hugo Chávez ihre charismatische Führungspersönlichkeit abhandengekommen ist, wird sie sowohl in Venezuela als auch – mit Einschränkungen – auf regionaler Ebene fortbestehen. Doch Chávez' Nachfolger steht vor beträchtlichen Herausforderungen:

- Innerhalb Venezuelas ist das bolivarische Projekt gefestigt, weil es über die Erdölrente beeindruckende Sozialprogramme finanziert. Außerdem hat es Möglichkeiten direkter demokratischer Beteiligung geschaffen, die von seinen Anhängern kontrolliert werden. Auch die Armeeführung ist mit loyalen Generälen besetzt.
- Außenpolitisch dürfte Venezuela dagegen in Zukunft weniger Einfluss ausüben. Zwar hinterlässt Chávez mit der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) und Petrocaribe auf regionaler Ebene ein bleibendes Erbe, seinem designierten Nachfolger Maduro fehlt es jedoch an Charisma. Zudem muss er zunächst innenpolitische Probleme lösen. Dies dürfte Brasiliens Rolle als regionale Führungsmacht mit moderaten und pragmatischen Vorstellungen stärken.
- Die hohen Kosten der Sozialprogramme stellen Venezuela vor große wirtschaftliche Probleme: Die Inflation liegt bei 22 Prozent. Der venezolanische Energiesektor benötigt Investitionen in Milliardenhöhe. Maduro muss außerdem verschiedene Fraktionen des chavistischen Lagers zusammenhalten.
- Neben den Wirtschaftsproblemen stellt die öffentliche Sicherheit die zweite große Herausforderung für Venezuela dar. Hier zeigt sich symptomatisch, dass Maduro zwischen Pragmatismus und revolutionären Idealen wird lavieren müssen.

Schlagwörter: Venezuela, ALBA, Bolivarische Revolution, Hugo Chávez

Die Verankerung des chavistischen Projekts

... in Venezuela

Alles spricht dafür, dass das chavistische Projekt in Venezuela den Verlust seiner charismatischen Führungspersönlichkeit gut überstehen wird. Die Regelung der Nachfolge war formal durchaus fragwürdig, da umstritten ist, ob statt Vizepräsident Nicolás Maduro nicht Parlamentspräsident Diosdado Cabello die Amtsgeschäfte hätte übernehmen müssen. Dennoch dürfte das chavistische Lager die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen deutlich gewinnen. Innenpolitisch hat diese Stabilität drei Gründe:

- Erstens verfügt die Regierung über die Erdöleinahmen des Landes: Mit 88 Mrd. USD deckte die Erdölrente im Jahr 2012 gut die Hälfte des venezolanischen Staatshaushalts. Die wohl bedeutendste Leistung Hugo Chávez' war es, die Zahl der Venezolaner, die an der Erdölrente teilhaben, zu vergrößern. Mit den Einnahmen aus dem Erdöllexport werden umfangreiche Sozialprogramme finanziert, die sogenannten *misiones*. Dazu gehören beispielsweise Alphabetisierungskampagnen mit monetären Anreizen für die Teilnahme sowie Gesundheitsprogramme, bei denen Ärzte kostenlose Hausbesuche in Armenvierteln durchführen. Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass – wie die Regierung behauptet – 20 Millionen der 29 Millionen Venezolaner auf irgendeine Weise von den Sozialprogrammen profitieren, dürften sie doch einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zugutekommen. Vor Chávez' Amtsübernahme profitierte fast ausschließlich die Elite des Landes von den Erdölexporten. Durch die Umverteilung ist der Gini-Koeffizient, der die soziale Ungleichheit misst, seit dem Jahr 2002 von 0,49 auf 0,39 gesunken. Damit erreicht Venezuela nicht mehr einen südamerikanischen Durchschnittswert, sondern das Niveau Portugals in den späten 1990er Jahren. Oppositionschef Henrique Capriles hat zwar wiederholt beteuert, die Sozialprogramme würden auch nach einem Wahlsieg der Opposition fortgeführt werden, dies ist für die Angehörigen der venezolanischen Unterschicht aber nicht besonders überzeugend. Ihnen gilt die „Bolivarische Revolution“ als Garantie für die Fortsetzung der für sie teils überlebenswichtigen staatlichen Transferleistungen.
- Zweitens haben 14 Jahre Chavismus die politische Kultur verändert: Einst vom politischen Prozess faktisch ausgeschlossen, ist die Unter-

schicht nunmehr in die Politik integriert. Die „Bolivarische Revolution“ hat sich über die sogenannte Volksmacht (Poder Popular) fest in der Gesellschaft verankert. Darunter verstehen Chavisten Formen der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung, die einen direkten Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess ermöglichen. Zentrales Mittel der Volksmacht sind die Gemeinderäte (Consejos Comunales), die aus überzeugten Chavisten bestehen. Sie werden gewählt und erarbeiten in marginalisierten Stadtvierteln lokalpolitische Maßnahmen, deren Umsetzung die Regierung finanziert (Machacho 2009). Dass das System der Gemeinderäte zu Korruption in enormem Ausmaß geführt hat, stärkt die „Bolivarische Revolution“ allerdings eher, als dass es ihr schadet, denn eine Machtübernahme der Opposition würde den Zugriff der Bewohner marginalisierter Stadtviertel auf staatliche Mittel drastisch verschlechtern. Darüber hinaus verkörpert Chávez' designierter Nachfolger Maduro die neuen Aufstiegschancen im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“: Vor seiner politischen Karriere arbeitete er als Busfahrer in Caracas. Während der amtierende Präsident wegen dieses Werdegangs im Ausland und seitens der venezolanischen Ober- und Mittelschicht oft belächelt wird, gilt er den zuvor politisch an den Rand gedrängten Bevölkerungsschichten gerade deshalb als Vorbild.

- Drittens sind auch die Streitkräfte eine tragende Säule des Chavismus. Nach dem gescheiterten Staatsstreich im April 2002 hat Chávez das Militär umstrukturiert (Manrique 2008) und die gesamte obere Kommandoebene mit loyalen Chavisten besetzt. Angehörige der Streitkräfte bekommen seit 2002 beträchtliche geldwerte Vorteile, die sie nicht nur ideologisch, sondern auch materiell an das boliviarische Projekt binden. Hierzu gehören der kostenlose Zugriff auf Wohneigentum sowie großzügige Gesundheits- und Altersvorsorge. Der Sold von Offizieren und einfachen Soldaten ist beträchtlich gestiegen, allein 2011 um 50 Prozent. Außerdem hat die Regierung im Jahr 2005 die Reserve der Armee für alle Personen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren geöffnet, wodurch die Zahl der Reservisten auf vermutlich zwei Millionen Personen gestiegen ist (Bartolomé 2008: 59). Offiziell dient diese Reserve der Landesverteidigung, um etwa im Fall einer Invasion auf asymmetrische Taktiken der Kriegsführung zurückgreifen zu können. Allerdings verkündete Chávez

bei der Reform, die Reserve solle nicht nur die Souveränität Venezuelas, sondern auch die „Bolivarische Revolution“ verteidigen. Im Fall langfristiger innenpolitischer Instabilität oder verlorener Wahlen könnte die Aufgabe der von handverlesenen, pensionierten Generälen befehligten Reservisten also die Sicherung der Macht des chavistischen Lagers sein. Gleichzeitig stellen die Reservisten wegen der beträchtlichen Verbreitung von Schusswaffen ein permanentes Konflikt- und Gewaltrisiko dar.

... auf regionaler Ebene

Zwar ist Venezuela nicht die von Chávez proklamierte „Energiemacht mit globalem Einfluss“ geworden, das Land hat aber eine klare Führungsrolle innerhalb der populistischen Linken Lateinamerikas. So organisierte Chávez beispielsweise im November 2005 eine Parallelveranstaltung zum vierten Gipfel der Amerikas, um lateinamerikanische Gewerkschaften, Linksparteien und globalisierungskritische Bewegungen zusammenzubringen. Sein Antiamerikanismus, der sich nicht nur im Vergleich des US-Präsidenten George W. Bush mit dem Teufel, sondern auch in strategischen Partnerschaften mit China, Iran und Russland niederschlug, sicherte ihm Popularität in der Dritten Welt, auch jenseits des amerikanischen Kontinents. Dem von den USA verfolgten Projekt einer Freihandelszone für ganz Amerika, der Área de Libre Comercio de las Américas, stellte Chávez eine gegen den US-amerikanischen Einfluss in Lateinamerika gerichtete Alternative entgegen.

Doch jenseits seiner Landesgrenzen wird es Venezuela schwerer haben, den Tod der Führungsfigur des bolivarianischen Projekts zu verkraften. Mangels Charisma kann Maduro nicht wie Chávez auf internationaler Bühne punkten. Zudem wird er zunächst seine Macht in Venezuela konsolidieren und dringende wirtschaftliche Reformen durchführen müssen. Außenpolitisches Engagement dürfte auch deshalb in den Hintergrund treten, weil Venezuela bei Staatsschulden in Höhe von mittlerweile 100 Mrd. USD die Hilfen an seine Partnerländer nicht länger aufrechterhalten kann.

Ein Zusammenbruch des bolivarianischen Projekts ist allerdings unwahrscheinlich, da Chávez es während seiner Amtszeit über verschiedene internationale Bündnisse und Institutionen strukturell abgesichert hat. Mit ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América) ist ein Bündnis mit Staaten entstanden, die zunehmend

von venezolanischen Erdöllieferungen abhängig sind. Die auf venezolanische Initiative geschaffene Bank des Südens (Banco del Sur) finanziert regionale Kooperationsprojekte im Energiesektor. Da die Leitung der Bank bei den Finanzministerien Argentiniens und Venezuelas liegt, verfügt die venezolanische Regierung damit über ein weiteres Mittel zur regionalen Einflussnahme. Gleichzeitig schafft die Bank des Südens eine Alternative zum regionalen Führungsmodell Brasiliens, dessen Regierung die Rolle brasilianischer Banken in der Region stärken möchte. Bei Wahlen in Argentinien, Bolivien, Peru und Nicaragua soll Chávez die von ihm favorisierten Kandidaten finanziell unterstützt haben.

Besonders in der regionalen Energiepolitik hat Chávez ein prägendes Erbe hinterlassen. Im Jahr 2007 wurden nach einem von der venezolanischen Regierung initiierten Gipfeltreffen der südamerikanischen Staatschefs erstmals Studien für eine gemeinsame Energiepolitik durchgeführt. Das wohl ambitionierteste Projekt im Energiesektor war die Große Erdgasleitung des Südens (Gran Gasoducto del Sur): die Verlegung einer Gaspipeline von Venezuela über Brasilien und Bolivien nach Argentinien, um Konsumenten und Produzenten von Erdgas in einem Verteilernetz zu vereinen. Dieses Projekt wurde allerdings bisher nicht umgesetzt. Mit Petrocaribe besteht seit 2005 ein Zusammenschluss Venezuelas mit Nicaragua, Surinam und 14 Karibikstaaten. Petrocaribe etablierte Venezuela als Regionalmacht jenseits des Haupteinflussgebietes von Brasilien. Täglich werden rund 400.000 Barrel Erdöl weit unter Marktpreisen an die Mitglieder und weitere befreundete Staaten geliefert. Venezuela bietet den Empfängerländern die Möglichkeit, zur Bezahlung Kredite mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufzunehmen. Dass sich hieraus Einflussmöglichkeiten auf die Außen- und Innenpolitik anderer Staaten ergeben, liegt auf der Hand. Honduras beispielsweise wurde nach dem Putsch gegen Präsident Manuel Zelaya im Juni 2009 aus Petrocaribe ausgeschlossen und erhält seitdem kein venezolanisches Erdöl mehr. Gleichzeitig zeigt der Fall Honduras aber auch die Grenzen des venezolanischen Einflusses: Die Macht der venezolanischen Regierung reichte nicht, Zelaya zurück ins Amt zu befördern.

Darüber hinaus haben sich die meisten Staaten Lateinamerikas mit den Chavisten arrangiert. Sie gelten trotz stark ideologischer Rhetorik als in wirtschaftlichen Belangen recht verlässliche Partner. Selbst Brasilien, dessen halbstaatlicher Ölgigant Petrobras massiv im Orinoco-Delta investiert

hat, dürfte mit Sorge auf Ankündigungen der venezolanischen Opposition blicken, im Falle eines Wahlsiegs alle Verträge mit ausländischen Konzernen zu überdenken. Es liegt nicht fern, die stillschweigende Akzeptanz des verfassungsrechtlich nicht einwandfreien Umgangs mit der schweren Erkrankung und dem Tod des Präsidenten Chávez auf diese Umstände zurückzuführen. Weder andere lateinamerikanische Regierungen noch regionale Organisationen äußerten sich kritisch zur Machtübergabe an Maduro.

Die Herausforderungen für Chávez' Erben

Trotz der Verfestigung der Machtstrukturen in Venezuela und der relativen internationalen Beständigkeit des bolivarianischen Projekts hinterlässt Chávez seinem Nachfolger enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Die Inflation blieb im Jahr 2012 mit nach Regierungsangaben 22 Prozent auf beunruhigend hohem Niveau. In den Jahren 2010 und 2011 lag sie bei 28 beziehungsweise 26 Prozent. Ein grundsätzliches Problem der chavistischen Wirtschaftspolitik besteht darin, dass zwar eine Linderung der sozialen Misere gelungen ist, aber nicht der strukturelle Wandel der Erdölökonomie. Der industrielle Sektor ist mit einem Beitrag von nur 35 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt nach wie vor wenig dynamisch. 71 Prozent der venezolanischen Arbeitnehmer sind im tertiären Sektor beschäftigt, der nur zu 61 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Dass der tertiäre Sektor derart unterdurchschnittlich produktiv ist, ergibt sich aus einem aufgeblähten Staatssektor, in dem Arbeitsplätze an die Klientel der Regierung vergeben werden.

Die Kosten der Sozialprogramme übersteigen bei Weitem die Kapazitäten der staatlichen Erdölgesellschaft *Petróleos de Venezuela S.A. (PDVSA)*. Im Jahr 2011 flossen 30 Mrd. USD von PDVSA in den eigens zur Finanzierung der Sozialprogramme eingerichteten Fonds für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes (*Fondespa*). Da die Erdölgesellschaft qua Gesetz und Unternehmensstatuten zu diesem Transfer verpflichtet wurde, konnte sie in den vergangenen Jahren kaum in den Ausbau der Erdölförderung investieren. Mit anderen Worten: Die Strategien von PDVSA folgen nicht einer wirtschaftlichen Logik, sondern den politischen Zielen der chavistischen Regierung. Der Direktor von PDVSA, Rafael Ramirez, ist gleichzeitig Energie- und Ölminister. Verlässliche Zahlen zu

den von PDVSA getätigten Investitionen fehlen seit Jahren, dürften sich aber auf weniger als ein Drittel der Zahlungen für die Sozialprogramme belaufen. Nach Schätzungen von PDVSA wären Investitionen in Höhe von 266 Mrd. USD nötig, um bis 2018 eine Erdölförderung von 5,8 Mio. Barrel pro Tag zu ermöglichen. Ein Ausbau der Erdgasförderung ist ebenfalls notwendig. Nur so können China zugesagte Lieferungen eingehalten werden, mit denen Venezuela bereits gewährte chinesische Kredite gegenfinanzieren will.

Eine zweite Herausforderung besteht in der Rivalität verschiedener Strömungen innerhalb des chavistischen Lagers: Maduro gehört wie Adán Chávez, der Bruder des verstorbenen Präsidenten, zu den prokubanischen Chavisten. Adán Chávez ist jedoch radikaler, sein Einfluss war entscheidend für den Wandel des Chavismus von einem bolivarianisch-nationalistischen zu einem sozialistischen Projekt. Eine gemäßigte und zivile Fraktion vertritt der Universitätsprofessor Elías Jaua. Hier dominiert Pragmatismus statt ideologischer Rhetorik; als amtierender Außenminister hat Jaua mehrfach anti-amerikanische Verschwörungstheorien anderer Chavisten zurückgewiesen. Parlamentspräsident Cabello führt eine Fraktion pensionierter Militärs an, die stärker nationalistisch als sozialistisch ausgerichtet sind und eine kritische Haltung zum kubanischen Einfluss in Venezuela einnehmen.

Erst im Dezember 2012 hatte sich abgezeichnet, dass der damalige Vizepräsident Maduro Amtsnachfolger Chávez' werden würde. Maduro galt stets als bedingungslos loyal gegenüber Chávez. Er war einer der wenigen Minister, die sich über lange Zeit halten konnten. Darüber hinaus ist Maduro kein Militär, sodass Spannungen zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Streitkräfte vermieden werden konnten; als Außenstehender kann er am ehesten das Gleichgewicht zwischen diesen Fraktionen wahren. Gleichzeitig ist er zur Absicherung seiner Macht auf die Armee angewiesen und wird sich ihre Loyalität durch weitere Begünstigungen sichern wollen. Die Armeeführung sieht in Maduro demgegenüber einen Garant für Kontinuität und Stabilität, der zwar prokubanisch, aber weniger sozialistisch eingestellt ist als andere Vertreter ziviler Gruppierungen unter den Chavisten. So hat der aktuelle Verteidigungsminister und oberste Admiral, Diego Molero, Maduro bereits seine uneingeschränkte Loyalität zugesichert. Darüber hinaus hat Maduro als Außenminister an der Seite von Chávez die für Venezuela so wichtigen Verträge mit regionalen

und globalen Partnern ausgehandelt. Er verfügt über persönliche Beziehungen zu anderen Staatsoberhäuptern; zumindest die Venezuela freundlich Gesonnenen unter ihnen betrachten ihn als verlässlichen Partner. Brasiliens ehemaliger Präsident Lula da Silva unterstützte Maduro im Wahlkampf sogar mit einer Videobotschaft.

Doch Maduro wird Chávez weder in Venezuela noch regional ersetzen können. Im Gegensatz zu Chávez ist er keine charismatische Führungspersönlichkeit, sondern gilt als beständiger und strebsamer Verwalter der zweiten Reihe. Er selbst betonte, er habe sich nie als Präsident Venezuelas gesehen.

Die künftige politische Ausrichtung des chavistischen Projekts bleibt weiterhin offen. Maduro selbst hat sich noch nicht klar positioniert. Einerseits sehen viele Beobachter in ihm einen Pragmatiker, der praktische Probleme der venezolanischen Politik besser als Chávez lösen wird; als Beleg hierfür wird ein Treffen zwischen Maduro und US-Diplomaten angesehen. Andererseits versucht Maduro anscheinend, an den antiamerikanischen Populismus seines Amtsvorgängers anzuknüpfen. So hat er die Einrichtung einer Kommission angekündigt, die prüfen solle, ob die USA das Krebsleiden von Präsident Chávez verursacht hätten und somit für seinen Tod verantwortlich seien. Chávez selbst hatte im Dezember 2012 angesichts der gehäuften Krebserkrankungen unter linken Staatsoberhäuptern in Lateinamerika über eine neue Superwaffe der USA spekuliert, mit der sie beliebige Personen mit Krebs infizieren könnten.

Lateinamerikas Linksregierungen nach Chávez

Für ALBA und die populistische Linke stellt sich nach dem Tod Chávez' die Frage nach einer neuen Führung. Maduro steht nach den Wahlen zunächst vor innenpolitischen Herausforderungen. Über die Finanzmittel zum Export der „Bolivarischen Revolution“, wie sie Chávez besaß, verfügt er nicht. Daher dürfte Brasilien weiter an regionalem Einfluss gewinnen. Brasilien trat bisher teils als Partner Venezuelas auf – beispielsweise bei der Konsolidierung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und der Schaffung der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) –, teils verkörperte es ein Alternativmodell. So setzt Brasilien mit pragmatischen Mitteln auf Integration und Stabilität in Südamerika, um die regionale Expansion brasilianischer Unter-

nehmen zu fördern und damit eine Grundlage für seinen globalen Aufstieg zu schaffen. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht verfolgt ebenfalls linke, aber wesentlich moderatere Ziele für die Region und weiß das Wohlwollen nicht nur der USA, sondern auch der bedeutendsten aufstrebenden Mächte, vereint im BRICS-Netzwerk,¹ hinter sich. Dies stärkt zwar Brasiliens Führung, schließt aber gleichzeitig aus, dass es die Rolle Venezuelas übernimmt. Zu wenig radikal ist der politische und wirtschaftliche Wandel, den Brasilien anstrebt.

Kuba scheint auf den ersten Blick in hohem Maße von Venezuela abzuhängen. Venezuela liefert täglich 92.000 Barrel Erdöl an den Inselstaat und deckt damit etwa die Hälfte des kubanischen Bedarfs. Doch im Gegenzug hat Kuba medizinisches Personal und politische Berater nach Venezuela geschickt. Aus dem Nichts avancierten exportierte Dienstleistungen zum wichtigsten Posten in der kubanischen Zahlungsbilanz. Während kubanische Berater Venezuelas Sozialprogramme aufrechterhielten und Schlüsselstellen im chavistischen Partei- und Staatsapparat besetzten, kontrollierte die kubanische Regierung den Zugang zu Chávez, als dieser sich im Endstadium seiner Krankheit monatelang in Kuba aufhielt. Sie war nicht nur über alle Kontakte, die Chávez pflegte, informiert, sondern schirmte ihn anscheinend systematisch von der Außenwelt ab. Weder Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff noch Boliviens Staatschef Evo Morales konnten sich auf Kuba mit Chávez treffen. Dass mit Maduro eine der am stärksten prokubanischen Persönlichkeiten aus Chávez' näherem Umfeld zu dessen Nachfolger erkoren wurde, verwundert vor diesem Hintergrund nicht.

Gleichwohl ist Kuba durch das Abtreten Chávez' von der politischen Bühne seines mit Abstand wichtigsten Verbündeten beraubt. Auch ein handverlesener Nachfolger bietet hierfür keinen vollwertigen Ersatz. Kuba selbst kann Venezuela als Führungsmacht von ALBA nicht ersetzen. Die von Raúl Castro eingeleiteten Wirtschaftsreformen mögen reichen, um die kubanische Wirtschaft zu stabilisieren und so den Fortbestand des kommunistischen Systems zu sichern. Die Führung eines regionalen Staatenbündnisses überschreitet jedoch die Möglichkeiten Kubas und wird von der kubanischen Regierung ohnehin nicht angestrebt.

¹ Unter der Abkürzung BRICS werden Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammengefasst. Sie gelten als die einflussreichsten aufstrebenden Mächte und führen seit 2009 jährliche Gipfeltreffen durch, um sich in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen globaler Bedeutung abzusprechen.

Auch andere Linksregierungen in Lateinamerika verfügen nicht über das Potenzial, als Führungsmächte für linke Projekte, die mit der „Bolivarischen Revolution“ vergleichbar wären, aufzutreten. Argentinien schlittert seit den 1980er Jahren von einer Wirtschaftskrise in die nächste. Eine klare außenpolitische Strategie unter Néstor Kirchner und Cristina Fernández ist nicht erkennbar. Boliviens Präsident Morales gehört zu den engsten Anhängern des boliviarischen Projekts. Auf nationaler Ebene hat er mit der Renationalisierung von Erdöl- und Erdgasunternehmen sowie der Anerkennung indigener Rechte linke Forderungen weiter als alle anderen ALBA-Regierungen umgesetzt. Doch Morales, dessen Charisma dem von Chávez nahekommt, stützt sich auf eine indigene Anhängerschaft und steht für die Forderungen der indigenen Bevölkerung. In Ländern mit geringem indigenen Bevölkerungsanteil, wie Argentinien und Venezuela, kann er daher wenig Begeisterung entfachen. Ganz abgesehen davon fehlt es Bolivien trotz umfangreicher Erdgasvorkommen an Finanzmitteln, um eine regionale Führungsrolle einzunehmen. Ecuadors Präsident Rafael Correa wird oft als politischer Ziehsohn von Chávez genannt. Doch Ecuador ist wirtschaftlich eng mit den USA verflochten. Trotz ALBA-Mitgliedschaft und weitreichender staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft hat die Regierung Correa den US-Dollar als nationale Währung beibehalten. Innerhalb von ALBA hatte Ecuador bislang eine eher marginale Rolle. Peru ist noch weiter vom boliviarischen Projekt entfernt als Ecuador; Präsident Ollanta Humala folgt eher dem brasilianischen Führungsmodell. Nicaragua mag einen ehemaligen Guerillero und engen Verbündeten von Chávez zum Präsidenten haben, verfügt aber über keinerlei Möglichkeiten, politische Führung zu übernehmen oder wirtschaftlichen Einfluss in Südamerika auszuüben. Genauso wenig einflussreich ist Uruguay.

Wahlen – und danach?

Am 14. April 2013 wird in Venezuela verfassungsgemäß ein neuer Präsident gewählt, weil Chávez innerhalb der ersten vier seiner sechs Amtsjahre starb. Galt im Vorfeld der letzten Wahlen ein Sieg der Opposition als möglich, spricht dieses Mal alles für einen Sieg des chavistischen Lagers. Aktuelle Umfragen sehen Maduro deutlich vor Oppositionsführer Capriles, mit einer Differenz von rund

15 Prozentpunkten.² Für eine Wahlkampagne blieb wenig Zeit und so konnte Capriles seine noch 2012 äußerst effektive Strategie, persönlich von Tür zu Tür zu gehen, um Wähler zu mobilisieren, nicht erneut anwenden. Zudem profitiert Maduro von der Aura um seinen verstorbenen Amtsvorgänger. Im Dezember 2012 hatte Chávez praktisch von seinem Totenbett aus erklärt, Maduro solle sein Nachfolger werden, und ihm so einen beträchtlichen Vorteil verschafft.

Ein grundlegendes Problem für die Opposition ist die große Zahl der Venezolaner, die dem boliviarischen Projekt aufgrund der Sozialprogramme tendenziell positiv gegenüberstehen. Schon deshalb ist es für sie erneut nicht möglich, eine Anti-Chávez-Kampagne durchzuführen. Capriles hat sich mehrfach positiv zu Chávez' Leistungen geäußert und versucht, eine moderate Kritik anzubringen. Während er so für viele Venezolaner wählbar bleibt, beraubt er sich der Möglichkeit, die Regierung klar und umfassend zu kritisieren.

Trotzdem sind die Wahlen für Maduro mehr als eine Formalität. Er ist bisher noch nie als Kandidat bei Wahlen angetreten. Mit einem guten Ergebnis könnte er sich als „würdiger“ Nachfolger von Chávez legitimieren. Je größer sein Vorsprung vor Capriles, desto unwahrscheinlicher ist es, dass andere Fraktionen im chavistischen Lager gegen ihn aufbegehren. Ein knapper Sieg hingegen könnte als Aufruf zum Wandel der „Bolivarischen Revolution“ ausgelegt werden. Dabei käme entweder eine weitere Radikalisierung im Sinne der Fraktion um Adán Chávez in Frage oder ein pragmatisch-nationalistischer Kurs, wie ihn Cabello, Jaua und ihre Anhänger mit unterschiedlicher Nuancierung befürworten.

Zwei Probleme wird Maduro nach den Wahlen angehen müssen: die grassierende Inflation und die völlig unzureichende öffentlichen Sicherheit. Im Februar 2013 wertete die venezolanische Zentralbank den Bolívar um 32 Prozent ab. Zwar hat eine solche Maßnahme zur Folge, dass der Staat kurzfristig scheinbar über mehr Geld verfügt, weil er die Dollareinnahmen aus den Erdölexporten in deutlich mehr Bolívares umtauschen kann. Allerdings steigen schon jetzt wegen der Inflation von jährlich beinahe 30 Prozent die Lebenshaltungskosten enorm. Dies wird dadurch verschlimmert, dass Venezuela so gut wie alle Konsumgüter des täglichen Bedarfs importiert und mit harten Devi-

² Aktuelle Umfragen und weitere Informationen zu den Wahlen sind online verfügbar unter <www.eleccionesvenezuela.com>.

sen bezahlen muss. Auf dem Schwarzmarkt wird ein US-Dollar mittlerweile eins zu zwölf getauscht. Der von der Zentralbank festgesetzte Kurs beträgt eins zu sechs. Dass im Oktober 2012 44 Prozent der Wähler für Capriles stimmten und er trotz der besonderen Umstände am 14. April vermutlich 30 bis 35 Prozent erreichen wird, deutet darauf hin, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – auch Menschen, die von den Sozialprogrammen profitierten – die Probleme des bolivariischen Projekts erkennen und Kurskorrekturen wünschen.

Damit internationale Erdölkonzerne vermehrt in Venezuela investieren, müsste die venezolanische Regierung nicht nur Rechtssicherheit, das heißt Schutz vor Enteignungen, sondern auch allgemein innenpolitische Stabilität garantieren. Aus Sicht internationaler, zumeist westlicher Konzerne erfordert dies einen außen- und innenpolitisch gemäßigten Kurs. Eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein. Direkte Investitionsanreize, zum Beispiel Steuernachlässe, wird Venezuela angesichts der Staatsverschuldung kaum gewähren können.

Des Weiteren wird Maduro mit den Kreditgebern Venezuelas, vor allem der chinesischen Regierung, über verbesserte Konditionen verhandeln müssen. Bei Aufnahme der Kredite war die venezolanische Regierung von einer deutlich höheren Erdölförderung ausgegangen. Da diese ausgeblieben ist, wird sie die fälligen Zinsen nicht zahlen können. Bislang hat Maduro nur versprochen, dem illegalen Dollarmarkt ein Ende zu bereiten; auf welche Maßnahmen genau er zurückgreifen will, bleibt offen. Würde er den Dollarkurs freigeben, geriete die Inflation völlig außer Kontrolle. Bereits seit Längerem bestehende Beschränkungen des Zugriffs venezolanischer Staatsbürger auf den US-Dollar haben sich als unzureichend erwiesen.

Die zweite zentrale Herausforderung stellt die öffentliche Sicherheit dar. Allein im vergangenen Jahr wurden in Venezuela nach Regierungsangaben 16.072 Menschen ermordet. Nach UN-Angaben beträgt die Mordrate 45,1 pro 100.000 Einwohner; in den USA liegt sie bei 4,8, in Deutschland bei 0,8. Zu den meisten Morden kommt es in Caracas im Zusammenhang mit Straßenkriminalität. Ursachen sind die – trotz der Sozialprogramme – immer noch enorme soziale Ungleichheit und die praktische Straffreiheit. 32 Prozent der Venezolaner leben unter der nationalen Armutsgrenze. Weder Gelegenheitskriminelle noch das organisierte Verbrechen, zum Beispiel bei Entführungen

mit Lösegelderpressung, werden von Polizei und Justiz in systematischer Weise belangt. Teils treten Polizisten als Komplizen bei Raubüberfällen auf. Im Wahlkampf präsentierte sich Maduro als „der Kandidat des Friedens“ und versprach, die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Positiv daran ist, dass das Thema endlich auf der Tagesordnung steht; zu Zeiten von Präsident Chávez war es tabuisiert. Maduro könnte als ersten Schritt das Entwaffnungsgesetz (Ley de Desarme) ratifizieren. Allerdings widerspricht das Entwaffnungsgesetz den Vorstellungen radikaler Chavisten von einer bewaffneten Volksmacht. Maduro wird bei diesem Thema, wie generell, zwischen Pragmatismus und revolutionärem Ideal lavieren müssen, um nicht nur das Land vor einem Kollaps zu bewahren, sondern auch die Geschlossenheit der chavistischen Bewegung zu erhalten.

Literatur

- Bartolomé, Mariano C. (2008), Las guerras asimétricas y de cuarta generación dentro del pensamiento venezolano en materia de seguridad y defensa, in: *Military Review*, 88, 1, 51-62.
- Machado, Jesús M. (2009), Participación social y consejos comunales en Venezuela, in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 15, 1, 173-185.
- Manrique, Miguel (2008), Cambio y reestructuración del Ministerio de la Defensa y la Fuerza Armada Venezolana a comienzos del siglo XXI, in: *Revista de la Facultad de Ciencias Jurídicas y Políticas de la Universidad Central de Venezuela*, 131, 43-76.

■ Die Autoren

Ana Soliz Landivar ist Stipendiatin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und Doktorandin am GIGA.

E-Mail: <ana.soliz@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/soliz>>

Sören Scholvin ist Doktorand am Institut für Geographie der Universität Hamburg und Mitglied im Doktorandenprogramm des GIGA.

E-Mail: <soeren.scholvin@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/scholvin>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden politische Transformationsprozesse, die Bedeutung von Wahlen sowie das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert. Themen außenpolitischer Strategien stehen im Fokus des GIGA Forschungsschwerpunkts 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bodemer, Klaus, und Annegret Mähler (2011), Erdöl als Macht- und Legitimitätsressource: Das Beispiel Venezuela, in: Matthias Basedau und Robert Kappel (Hrsg.), *Machtquelle Erdöl: Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden-Baden: Nomos, 193-221.

Flemes, Daniel, Sören Scholvin und Georg Strüver (2011), *Aufstieg der Netzwerkmächte*, GIGA Focus Global, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Fürtig, Henner, und Susanne Gratius (2010), Iran and Venezuela: Ideology-driven Foreign Policies in Comparison, in: Daniel Flemes (Hrsg.), *Regional Leadership in the Global System: Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, Aldershot: Ashgate, 169-189.

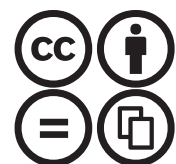
Hoffmann, Bert (2010), *Kuba: Auf dem Weg zum Marktsozialismus?*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Mähler, Annegret, Gabriele Neußer und Almut Schilling-Vacaflor (2011), *Schwarzes Gold und grüne Ambitionen: Ressourcenpolitik in den Andenländern*, GIGA Focus Lateinamerika, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Wehner, Leslie, und Richard Georgi (2012), *Hugo Chávez vor der Wiederwahl?*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM